



ZENTRALE STAATSANWALTSCHAFT

ZUR VERFOLGUNG VON WIRTSCHAFTSSTRAFSACHEN UND KORRUPTION

Medienstelle

Klarstellung der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) zum Kurierartikel vom 10. Juni 2020 – U-Ausschuss: Der Krach zwischen Justiz und Innenministerium

Aufgrund der oben genannten Medienberichterstattung sieht sich die WKStA zu folgender Klarstellung veranlasst:

Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft entzieht sich keiner sachlichen Kritik. Wir verwehren uns jedoch gegen unsubstantiierte, öffentliche Spekulationen, die den Vorwurf der Verletzung des Amtsgeheimnisses und den Anschein parteipolitischen Handelns (das letztlich sogar jenem des Amtsmissbrauchs zumindest nahekommt) in den Raum stellen, und weisen diese entschieden zurück.

Neuerlich darf darauf verwiesen werden, dass die WKStA den gesetzlichen Auftrag, jedem in ihre Zuständigkeit fallenden strafrechtlich relevanten Vorwurf - auch in Fällen mit politischer Relevanz - im Rahmen eines objektiv geführten Ermittlungsverfahrens nachzugehen hat. Sie kommt Ihrem Auftrag ohne politische oder sonstige sachfremde Motivation nach und unterliegt bei Ihrer Tätigkeit sowohl der Kontrolle der unabhängigen Gerichte als auch der Fachaufsicht durch die Oberstaatsanwaltschaft Wien, welcher auch im Rahmen von Berichtspflichten die Ermittlungsakten übermittelt werden (s. bereits Stellungnahme der WKStA vom 18. November 2019 zu Veröffentlichungen aus dem Ermittlungsakt „Vorstandspostenbesetzungen der Casinos-Austria-AG“).

Die Mitarbeiter der WKStA, stehen im Untersuchungsausschuss als Auskunftspersonen unter Wahrheitspflicht; bereits die Überschrift, die WKStA würde den U-Ausschuss benützen, um andere zu diskreditieren, ist daher grob falsch. Darüber hinaus wird die unrichtige Darstellung, die WKStA habe die Ermittler des Bundeskriminalamtes beschatten lassen, entschieden als jegliche Grundlage entbehrend zurückgewiesen.

Eine Kontaktaufnahme zu dem konkreten Vorwürfen ist seitens des Kuriers bedauerlicherweise unterblieben. Die Vertreter der Medien werden ersucht, sich vor Berichterstattung mit derart gravierenden Vorwürfen an die Medienstelle der WKStA zu wenden, um eine Stellungnahme zu ermöglichen.

Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft

Telefon: +43 676 8989 23115

Fax: +43 1 52152 5920

E-Mail: medienstelle.wksta@justiz.gv.at

Wien, am 10. Juni 2020
